

# Morworts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Ludendorffs politische Träume.

### Gegen Faulhaber und die Katholiken — Ludendorffs Diktaturgelüste im Kriege Hitlers Marsch auf Berlin.

München, 18. März.

Der Beginn der heutigen Verhandlung verzögerte sich längere Zeit, da das Gericht über die gestrigen Anträge der Staatsanwaltschaft auf Vernehmung des Majors Hunsinger beriet. R. K. Roder schritt noch anfangs den Fall Schraubendach an und erklärte, daß er in diesem Fall falsch informiert worden sei. Hierauf nahm General Ludendorff das Wort:

1. Es ist eine unrichtige Behauptung, wenn Kardinal Faulhaber zitiert, ich hätte ausgesprochen: „Kardinal Faulhaber stehe hinter den Bläuen, Bayern und Österreich zusammenzuschließen.“ Davon steht in meiner Aussage nicht ein Wort.

2. Ein authentischer Wortlaut der bekannten Rede des Kardinals in New York ist trotz verschiedener an den Kardinal herangetretener Bemühungen in der deutschen Presse nicht veröffentlicht worden. Darum sind Mißverständnisse über einige Redewendungen selbstverständlich und an und für sich nicht ausgeschlossen.

Kardinal Faulhaber hat sich mit dem „Lustania-Fall“ und „dem deutschen Einmarsch in Belgien“ befaßt. Nach der „New Yorker Staatszeitung“ hat Kardinal Faulhaber diese beiden Fälle, den „Lustania-Fall“ und den „deutschen Einmarsch in Belgien“ als „Verbrechen“ beurteilt. Diese Zeitung schreibt unter Bezugnahme hierauf:

„Und was den Einbruch seiner Rautenschläge noch erhöhte, war die Tatsache, daß er nicht anstand, auch seinem eigenen Volke offen und unverschämmt die volle Wahrheit zu sagen. Der Kardinal verkündete... die eingangs erwähnten Äußerungen militärischer Natur als Verbrechen...“

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 20. Juni 1923 an die Münchener Augsburgische Abendzeitung, daß er über diese beiden Fälle gesprochen habe. Er sagt: „Die Zwischenbemerkung über den Einmarsch in Belgien und die Verletzung der „Lustania“ habe ich in meiner Rede in New York-Brooklyn mit voller Heberzeugung und in klarer Voraussicht der üblichen Nachreden gemacht. Leider kann ich die Vorgeschichte dieser Bemerkung aus Gründen der Diskretion nicht veröffentlichen. Die Gruppe deutsch-pöblischer, die Ihnen von New York-Brooklyn aus einen Brief geschrieben, leitete dem Deutschen in Amerika ich solche Dienste. Doch eoaangelische Sonntagblätter aus meiner enderbaldständigen Rede nur diese Stellen abdrucken und politische Säuslinge meine Rede in Widerspruch mit Admiral Stiens bringen, beweist mir aufs neue, daß den Deutschen nicht in die zu raten und damit nicht mehr zu helfen ist. Mit vorzüglicher Hochachtung oes. R. Faulhaber.“

Demgegenüber steht fest, daß die Rede des Kardinals in Amerika und Europa als deutsch-abträgig empfunden worden ist. Der „Lustania-Fall“ und der „Einmarsch in Belgien“ haben die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ganz besonders gegen Deutschland erregt. Die Verletzung der „Lustania“ war gerade von dem amerikanischen Admiral Stiens endlich als nicht völlerrechtlich und ungesetzlich bezeichnet worden.

Wenn sich nun Kardinal Faulhaber in irgendwelcher Form gegen die Verletzung wendet — und das ist eben geschehen —, so wird damit die Rechtmäßigkeit der Verletzung von neuem in Zweifel gezogen und wieder als „völkerrechtswidrig“ abgestempelt.

Einers vermag ich mir auch heute nicht selbst nach der Erklärung des Kardinals, den Fall zurechtzulegen. Dem Einmarsch in Belgien wird bekanntlich in der Welt die Schuld an dem Eintritt Englands in den Krieg beigemessen. Er wird überdies noch als eine besonders schwere völkerrechtswidrige Handlung angesehen, mit der die Entente dank der Unfähigkeit des Herrn v. Bethmann, in den Vereinigten Staaten eine besonders heftige Propaganda trieb. Selbst als amerikanische Edristeller in diesem Verständnis für die Selbsten Verfassers diesen Einmarsch als notwendig und rechtmäßig erklärten.

Wenn nun Kardinal Faulhaber diesen Einmarsch in Belgien als Verbrechen oder als Fehler bezeichnet, so schließt er damit eine Ansicht aus, die die überwiegende Mehrheit im deutschen Volke als nicht gerechtfertigt empfindet.

3. Nicht richtig ist es auch, wenn Kardinal Faulhaber ausführt, ich hätte gesagt, er halte die Verletzung der „Lustania“ für völkerrechtswidrig gegen alle natürlichen Verbindungen einiger Zeitungen aufrecht. Davon ist nichts gesagt.

4. Wenn endlich Kardinal Faulhaber aus den zeitlichen Zusammenhängen seiner Amerikareise mit dem Fruchts. Wachaus-Prozess Schüsse zieht, die ich nicht bezogen habe, obwohl ich mich im vaterländischen Interesse offen und schmerzlos ausgesprochen habe, so bedauere ich das. Mir lag daran, festzustellen, daß

die ultr-montane Politik gleichmäßig in Deutschland und Amerika unserem Vaterlande abträglich wirkt.

um damit recht deutlich zu erklären, wie ich in dieses Unternehmen hineingekommen bin. Ich habe geglaubt, daß in der Nacht vom 8. zum 9. November

5. Majestät der Kaiser auf Herrn v. Kahr eingewirkt habe.

Ich erkläre ausdrücklich, daß ich heute nicht mehr davon glaube. Ich bin dann noch auf eine Auerung des Herrn v. Borsow über den verstorbenen Herrn v. Scheubner-Richter zurückkommen und diese Verurteilung zurückweisen. Herr v. Scheubner-Richter ist an meiner Seite den Helldob gestorben und die sämtlichen Angeklagten hatten den Ehrenfried über ihn.

#### Kahr war kein Bismarck.

Borsowender zu Hitler: Ich habe hier das Nachrichtenblatt des Oberkommandos Ihrer Sicherheitsabteilung. Darin heißt es, daß Sie in der Besprechung vom 23. Oktober drei Wege für Bayern entworfen hätten. 1. Die Würgelierung Bayerns und damit Zusammenbruch des letzten Volkswerts gegen den Bolschewismus. 2. Kampf Bayerns gegen den Marxismus, ein Kampf, der nur

mit fremder Hilfe geführt werden könne und deshalb die separatistische Gefahr bringe, und 3. Aufstellung der deutschen Frage von Bayern aus, Durchführung des Kampfes in ganz Deutschland unter der Hakenkreuzfahne, Hissung der schwarz-weiß-rotten Hakenkreuzfahne auf dem Reichstag. Sie haben erklärt: „Wir werden auf diesem dritten Weg marschieren.“ Das war also das völlische Programm, das am 8. November durchgeführt wurde.

Hitler: Meine erste Einstellung war die, daß ich den Schritt Borsows als Meuterei ablehnte. Erst als ich die Möglichkeit sah, daß Borsow ein zweiter Nord werden könne, kamen die Maßnahmen, die dann später zu dem Unternehmen führten.

Borsow: Die Gegenüberstellung des zweiten und dritten Weges ergibt aber auch, daß

sie sich schon damals gegen die Zauderpolitik Kahrs gewandt haben,

denn Sie haben auch u. a. von der Abkehr von der „Schmollwinkelpartei“ gesprochen.

Hitler: Ich war von Anfang an überzeugt, daß Kahr wegen seiner politischen Schwäche nicht imstande war, den Kampf bis zur letzten Konsequenz zu führen. Die Schöpfung unserer gewaltigen Bewegung war unser Werk, nicht des v. Kahrs, und wir konnten die Bewegung nicht in die Hand eines Mannes geben, der m. E.

kein Bismarck, sondern nur eben Erzengel v. Kahr war. Wir waren nur unter der Bedingung bereit, mit ihm zu gehen, daß der begonnene Kampf

nicht in der Richtung Paris, sondern in der Richtung Berlin laufe.

#### Die veräurzte Diktatur.

Borsow zu General Ludendorff: Sie haben am 3. November im „Heimatland“ einen Artikel „Die völlische Bewegung“ veröffentlicht?

Ludendorff: Der Artikel ist nicht nur im „Heimatland“ erschienen. Ich war am 14. Oktober in Breslau und sprach dort mit mehreren Herren über die völlische Bewegung.

Als man mich nach dem Wesen der Bewegung fragte, habe ich keine richtige Definition geben können.

Deshalb setzte ich mich nach meiner Rückkehr hin und verfaßte einen Artikel, der an die Zeitungen geschickt worden ist. Er stand am 1. November u. a. im „Völlischen Beobachter“. — Ludendorff verliest dann diesen Artikel und interpretiert auf Wunsch des Vorstehenden den Hauptteil des Artikels: „Die völlische Bewegung führt durch Kampfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft, zunächst unter völlischer Diktatur. Die völlische Bewegung ist Kampf.“ Ludendorff erklärt hierzu, daß die völlische Gemeinschaft, wie er sie auffasse, die Zusammenfassung aller Deutschen bedeute, die bereit seien, zur inneren Befreiung und deutschen Freiheit zu Ruhm und Ehre des Vaterlandes zusammenzustehen.

Leider trat diese Voraussetzung bisher nur auf einen Teil des Volkes zu.

Vorübergehend kommt hierfür die völlische Diktatur in Frage. Ich bin Monarchist, erklärte Ludendorff, aber die Monarchie kann erst kommen, wenn das Volk es will.

#### Derher kommt die völlische Diktatur.

Ich habe mich während des Kriegs wiederholt mit der Diktaturfrage beschäftigt. In Frankreich, England und Amerika standen Diktatoren an der Spitze. Mir wurde der Vorwurf gemacht, daß ich nicht die Diktatur übernommen habe.

Ich hätte es tun müssen, und das ist der Vorwurf, den ich mir mache.

Borsow: Bei Ihrer ersten Vermählung hatten Sie erklärt, daß die Diktatur nur gewaltam durch das Zusammenwirken des Bayerischen Staates und den Norddeutschen Faktoren kommen könne.

#### Ludendorff als Kaiser.

Ludendorff: Ich habe mich dauernd mit diesen Fragen beschäftigt. Wenn ich das damals gesagt habe, so entsprach es meiner damaligen Auffassung. — Borsow: Sie haben die Errichtung eines nationalen

#### Reichsdirektoriums als Patentlösung

aufgefaßt. Haben Sie noch am 8. November abends an diese Lösung gedacht?

Ludendorff: Einzig und allein.

Borsow: Sie wußten doch aber von der Verhaftung der bayerischen Minister? — Ludendorff: Nein, das wußte ich noch nicht.

Borsow: Doch, doch, Erzengel, was haben Sie ja schon zugegeben. Sie haben es ja im Wohnzimmer des Bürgerbräus erfahren und Sie haben auch gewünscht, daß Reichspräsident Ebert abgesetzt wor. Kann war doch die Patentlösung nicht mehr möglich. — Ludendorff: Nein, das habe ich nicht gewünscht.

Borsow: Sie behaupten also, daß Sie noch am 8. November abends weiter an die Patentlösung gearbeitet haben, und daß Sie nicht an einen militärischen Marsch nach Berlin, sondern nur an einen politischen Druck auf Berlin gedacht haben?

Ludendorff: Selbstverständlich, selbstverständlich! Dr. v. Scheubner-Richter erklärte mir ja auf der Fahrt zum Bürgerbräu, daß Hitler den Herren Kahr, Borsow und Selzer in der Richtung ihrer Wünsche zum Abbruch verholfen habe. Im Nebenraum des Bürgerbräus stand ich dann ebenso unter moralischem Zwang wie jene Herren.

Borsow: Es wurde doch aber immer von einer Diktatur Hitlers-Ludendorff gesprochen.

Ludendorff: Aber mehr von der anderen Seite, als von unserer Seite.

Borsow: Persönlich haben Sie also nicht an einen militärischen Marsch nach Berlin geglaubt?

Ludendorff: Nein, nein. Das war für mich kein feststehendes Programm, sondern nur eine Unterhaltung.

Borsow: Haben Sie auch an den Marsch nach Berlin nicht geglaubt, als am 8. November abends Hitler im Bürgerbräu von dem Marsch nach dem Säudenbäuel Berlin

sprach?

Ludendorff: Nein.

Borsow: Sie glaubten also nur an eine Lösung durch politischen Druck auf den Reichspräsidenten. Sie haben von dessen Absetzung gar nichts gewünscht?

Ludendorff: Nein.

Borsow: Ist denn etwas davon gesagt worden, daß in Bayern eine Neubildung der Reichsregierung mit Ebert als Reichspräsidenten erfolgen würde?

Ludendorff: Von seiner Absetzung habe ich jedenfalls nichts gehört.

Borsow: Sie glaubten also an die Möglichkeit einer neuen Reichsregierung mit Ebert an der Spitze?

Ludendorff: Das mußte jedenfalls der Zukunft überlassen bleiben.

Borsow: Sie werden einsehen, Erzengel, daß in dieser Darstellung ein gewisser Widerspruch zu Ihren früheren Angaben besteht. Wie kommt das?

Ludendorff: Meine erste Aussage wird meiner damaligen Auffassung entsprechen haben. Ich habe damals so vieles gehört. Heute ist meine Auffassung so. Es ist mir nicht möglich, etwas anderes zu sagen. Ich habe jedenfalls nicht an einen militärischen Marsch nach Berlin geglaubt.

Borsow: Hitler hat doch aber im Bürgerbräu die Bildung der neuen Reichsregierung verkündet.

Ludendorff: In seiner Rede ist aber nichts von Ebert gesagt.

Borsow: Die Regierung war doch aber schon gebildet. Es konnte doch also kein Druck mehr in Frage kommen.

Ludendorff: Ich habe in meiner Erregung nicht so genau auf die Worte Hitlers gehört. Im übrigen kam ich genau so plötzlich in diese Situation hinein wie die anderen Herren.

R. K. Dr. Quetgebrune: Haben sich denn Em. Erzengel in dem Artikel irrtümlich bedacht, wie die Diktatur einzurichten ist?

Ludendorff: Darüber habe ich nicht nachgedacht.

Sie mußte ebenso wie die Monarchie aus dem freien Willen des Volkes entstehen.

Dr. Quetgebrune: Waren sich denn Erzengel darüber klar, daß mit Hitlers Reden gesagt werden sollte, die neue Regierung sei schon gebildet.

Ludendorff: Nein, ich habe Hitlers Worte nicht so genau verfolgt.

Borsow (unredlich): Na, wie haben Sie es sich denn gedacht? Bitte sagen Sie das kurz, das ist wichtig.

Ludendorff: Ich habe mich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Diese Regierung war für mich ein Kampfgestalt aus Männern aus dem Norden, die dann zusammen mit der bayerischen Staatsgewalt und den Vaterländischen Verbänden einen Druck auf Berlin ausüben wollten.

Borsow: Es war also für Sie keine endgültige Bildung, sondern nur eine Vorbereitungsmaßnahme?

Ludendorff: Selbstverständlich.

Staatsanwalt Ehardt: Erzengel haben den Standpunkt vertreten, daß es sich um eine Umwälzung handelte, die nicht von vornherein mifällig war, um eine völlische Revolution, deren erster Akt gelungen war, weil am 8. November abends alle Macht in den Händen der neuen Regierung lag.

Ludendorff: Ich kann mich dieses Standpunkts nicht entsinnen.

R. K. Dr. Quetgebrune: Ich bitte feststellen zu wollen, ob Ludendorff darüber ins Bild gesetzt worden ist, in welchem Umfange er diktatorische Vollmachten ausüben sollte. General Ludendorff: Das ist vollständig richtig, ich sollte doch die nationale Armee überhaupt erst übernehmen, wenn Reichswehrminister Borsow sie ins Leben gerufen hätte.

Angelkater Hitler: Ich betone, ich konnte damals und kenne heute noch keinen anderen militärischen Führer für Deutschland als General Ludendorff.

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

München, 18. März. (WIB.) Um 11 Uhr war die öffentliche Sitzung, ohne daß die Öffentlichkeit wiederhergestellt worden wäre, beendet. Es wurde bekanntgegeben, daß die nächste öffentliche Sitzung am Freitag vormittag 10 Uhr stattfinden. In dieser Sitzung werde dann auch der Gerichtsbescheid darüber bekanntgegeben werden, ob die Plaidoyers in öffentlicher oder nicht-öffentlicher Sitzung abgehalten werden sollen.

Der „sozialistische Bund“ nennt sich die Organisation, mit deren Hilfe der alte Gedehour bei den nächsten Wahlen in den Reichstag einzuleiten hofft. Rabold, Ruch u. a. sollen diesem „Bunde“, der also wieder eine neue Partei wäre, nahestehen. Es macht eben jeder seinen „eigenen Laib“ auf.

Die Deutschnationalen halten ihren Parteitag am 1. April in Hamburg ab.

## Abbau der Reichsjugendpflege.

Dem Ansturm der Vernunft ist es gelungen, das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RjWG.) vor dem allgemeinen Scherbenhaufen zu bewahren, den die Regierung permissiv des Ermächtigungsgesetzes fabrizierte. Aber zu welcher Gestalt? Die Verordnung über das Inkrafttreten hebt zunächst den Abschnitt V „Die öffentliche Unterstützung Minderjähriger“, der, wie wir oben bemerkten, den Jugendämtern Unterstützungspflichten über das Existenzminimum auferlegt, auf und gleichzeitig Nr. 3 des § 3, die den Jugendämtern die öffentliche Unterstützung Minderjähriger zur Pflichtaufgabe macht. Die Unterstützung der hilfsbedürftigen Minderjährigen wird auch nach der Verordnung über die Fürsorgepflicht also von den Ländern geregelt. Vorläufig gelten für Maß und Art der Fürsorge noch die Bestimmungen des RjWG., wonach bei Bedürftigkeit Erziehung und Erwerbsbefähigung und rechtzeitige dauernde und gründliche Abhilfe zu gewähren ist. Dann treten die ohne Reichstag von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats aufgestellten Richtlinien an Stelle gesetzlicher Bestimmungen, die von einer überwältigenden Mehrheit der Nationalversammlung beschlossen wurden.

Die Verordnung bestimmt dann weiter, daß die oberste Landesbehörde, also in der Regel die Wohlfahrts- oder Arbeitsministerien der Länder, den Gemeinden die Befugnis erteilen können, die Aufgaben der Jugendämter anderen Stellen zu übertragen. Die Mitwirkung der freien Wohlfahrtspflege muß nach dem Maßstabe des RjWG. auch dann gemährt sein.

Die Errichtung von Landesjugendämtern wird den Ländern überlassen. Die Landesregierung bestimmt, wer ihre Aufgaben übernimmt. Ein Reichsjugendamt wird nicht errichtet.

Es wird ausdrücklich betont, daß eine Verpflichtung zur Übernahme der sogenannten freiwilligen Aufgaben des § 4, Mutter- und Säuglingschutz, Jugendpflege, für die Jugendämter nicht besteht, ja es kann die oberste Landesbehörde die Jugendämter von einem Teil der Pflichtaufgaben befreien, nämlich von der Jugendhilfe, der Mitwirkung bei der Beaufsichtigung arbeitender Kinder und Jugendlicher, der Kriegsofferhilfe und den Polizeibehörden.

Die oberste Landesbehörde kann weiter die Altersgrenze von 14 Jahren für den Pflichtenbereich herabsetzen, wenn mit der Einführung des Schulalters nach dem RjWG. eine wesentliche Erweiterung bestehender Aufgaben verbunden wäre, und sie kann die gesetzliche Vormundchaft für die Unehelichen auf Antrag von Gemeinden aufheben.

Damit werden die wichtigsten, wirklich modernen Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes in das Ermessen der jeweiligen Landesregierungen gestellt, und bei nahe alles, was nun endlich auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt geschaffen, in Frage gestellt. Wir sehen den Schutz der Gefährdeten, der Pflegekinder und der Unehelichen, abgebaut und sehen wiederum vor einer bunten Musterkarte des Jugendschutzes in Deutschland.

## Hergt und die „Schweinewirtschaft“.

Was man alles vergessen kann.

Theatralisch, mit großer Geste erklärte der Herr Staatsminister a. D. Hergt auf die Angriffe des Genossen Adolf Hoffmann im Reichstage, er habe seinerzeit den preussischen Dienst vor dem 8. November quittiert, weil er „die Schweinewirtschaft nicht mehr habe mitmachen“ wollen. Unglücklicherweise gibt es offenbar Leute, die in der Sache, dem Gedächtnis des Herrn Hergt etwas nachzuhelfen. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte eine Zuschrift aus Treuen, die unmittelbar an den Vorgängen in der preussischen Regierung beteiligt waren. In der Zuschrift heißt es:

„Dr. Hergt wird gestatten, daß ich sein Erinnerungsvermögen in zwei sehr wesentlichen Punkten berichte:

1. Dr. Hergt hat seine Demission nicht gegeben, um die neue

Entwicklung, insbesondere die Parlamentarisierung damit ausdrücklich zu perhorreszieren.

2. Dr. Hergt war auch nach der Abgabe seiner Demissions-erklärung unter gewissen Voraussetzungen bereit, unter der neuen „Schweinewirtschaft“ als preussischer Finanzminister weiter mitzuarbeiten.

Als Beweis dafür führe ich folgendes an: Dr. Hergt hat sich in der Tat am 8. November bereit erklärt, seine Demission einzugeben. Die Situation war damals so, daß man in den maßgebenden preussischen Kreisen bereits einsehend, daß selbst beim Festbleiben des Militärs (worauf man aber kaum noch rechnete) bei dem erwarteten Austritt der Sozialdemokratie aus dem Kabinett des Prinzen Max und dem folgenden Generairstreit auch im allerbesten Fall ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Linksparteien auf Parlamentarisierung der Regierung und Verwaltung Preußens greifen müsse. Dr. Hergt, der heute in der Parlamentarisierung Deutschlands das größte Unglück erblickt, mechte kein Hehl daraus, daß er hoffe, daß die Sozialdemokratie sich mit einer Parlamentarisierung begnügen würde, an der er bereit sei, mitzuarbeiten. Insbesondere wolle er auch zur Erleichterung dieser Situation, also zur Herbeiführung der Parlamentarisierung, seine Demission eingeben.

Nun aber die Hauptsache: Dr. Hergt hat erklärt, so wiederholen wir, daß er die neue „Schweinewirtschaft“ nicht mitmachen wollte. Gegenüber dieser unrichtigen Darstellung sei hier festgestellt, daß Dr. Hergt noch am 11. November, das heißt bereits zwei Tage nach der amtlichen Bekanntmachung des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden über den Thronverzicht des Kaisers und Königs der Ansicht war, daß die preussischen Reformminister ihre Geschäfte weiterführen sollten, selbst unter der Voraussetzung, daß die neuen Machthaber sich ein gewisses Aufsichts- und Einspruchsrecht sichern würden. Ja, Dr. Hergt hätte an diesen Tagen sogar noch, wie mir positiv bekannt ist, einen Unterstaatssekretär abgepfiffen, den ihm die neuen Männer gestellt hätten! Das heißt mit anderen Worten, Dr. Hergt wäre, wenn man ihn im Amt belassen hätte, etwa mit einem parlamentarischen Staatssekretär, zum mindesten zunächst durchaus bereit gewesen, ungeachtet seiner am 8. November gegebenen Demission, die neue „Schweinewirtschaft“ mitzumachen.

All dies sei lediglich zur Gedächtnisstützung Dr. Hergts dargestellt, und um zu zeigen, daß eben auch führende Politiker selber in entscheidenden Momenten nicht immer so handeln und denken, wie sie später als Oppositionsführer wünschen, gehandelt zu haben.

Diese Feststellungen werden Hergt natürlich nicht hindern, in seinen Volksversammlungsreden seinen heldenhaften Widerstand gegen die Schweinewirtschaft vom November 1918 weiter rühmend zu preisen. Seiner deutschpöhlischen Konkurrenz wird er freilich damit nicht imponieren können. Die wahre „Abrechnung mit der Schweinewirtschaft der Novemberverbrecher“ ist und bleibt das Privileg nicht der deutschnationalen Kapitalistenknechte, sondern der deutschpöhlischen Freiheitshelden unter Adolf Hitlers Führung.

## Der neue Landtag in Mecklenburg.

Schwerin, 18. März. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern trat in Schwerin der neugewählte Landtag zusammen. Nach den erbitterten Wahlkämpfen, die den Nationalisten und Bäckischen den kaum gewünschten Erfolg brachten, ist sein Gesicht mit dem Hakenkreuz verziert worden. Das Hakenkreuz ist offiziell eingezogen auf den Hakenkreuzen der Hittlerjünger und -jungens. Schon nach außen hin waren die „Bäckischen“ bestrebt, sich das Ansehen einer „bäckischen“ Partei zu geben. Denn sie schienen auf die Nähe am „weitesten links“ Anspruch zu erheben zu wollen: doch hat man diesem Wunsch nie nachgeben können, schon im Hinblick auf ihre Neuschicklichkeit mit den Deutschnationalen, dennoch aber hat man sie zwischen Demokraten (2 Sitze) und Volkspartei (5 Sitze) geteilt. Also „Partei der Mitte“ (13 Sitze). Die „bäckische Arbeitsgemeinschaft“ hat sich von den Deutschnationalen getrennt und selbst eine Fraktion (4 Sitze) aufgemacht.

Das erste agitatorische und fremdenfeindliche Bekenntnis legten die „Bäckischen“ ab bei der Abstimmung über einen Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung dreier noch in Haft befindlicher

fommunistischer Abgeordneter. Mit den Kommunisten, Sozialisten stimmten, zur Verblüffung der Deutschnationalen und Volksparteier, auch die „Bäckischen“ für den Antrag.

Das Präsidium wurde befehlt Präsident: Jöen, Fortstmeister, Ludwigslust (Dnat.), Stellvertreter: Schröder, Rasthof (USPD), Giese, Amtshauptmann, Doberan (USP).

Auf die Erklärung der Demission der bisherigen Regierung Stellung wurde von den Deutschnationalen ein Demonstrationsantrag eingebracht auf Verminderung der Ministerzahl von 4 auf 3. In der verflochtenen Session des Landtags haben die Deutschnationalen einen Antrag der Sozialdemokraten auf Verminderung der Ministerzahl abgelehnt. Die Wahl der Minister ist bis zur nächsten Sitzung (Dienstag) verschoben worden, da sich anscheinend die Rechtsparteien über die Personen noch nicht einig geworden sind. Als Erfolg brachten sie den oben genannten Antrag ein.

## Die Reichsbahn maßregelt.

Sozialdemokratischer Vertreter auf die Strafe gesetzt.

Aus Schwerin (Red.) wird uns geschrieben:

In der Hauptwerkstatt der Reichsbahn in Ralschin war der Abgeordnete zum Mecklenburgischen Landtag, Heinrich Klafen, seit dem 13. März 1919 als Glaser tätig. Klafen ist Kriegsbeschädigter (20 Proz.) und wurde bis 1921 als Angelernter und dann als Glaser beschäftigt. Klafen hat zwei Kinder im Alter von 4½ und 3 Jahren und ein Krüppelkind von 18 Jahren in Pflege. Genosse Klafen ist seit 4½ Jahren Vorstandsmitglied im Deutschen Eisenbahnerverband und Stadt- und Kreisverordneter. Außerdem war er bis zum 12. März Landtagsabgeordneter. Zum neugewählten Landtag steht er als erster Ersatzmann auf der USPD-Liste. Am 13. März hat ihm die Eisenbahndirektion keine Arbeitsstelle gekündigt. Zur Lage zuvor hat die Dienststelle Ralschin acht Arbeiter in Eisenbahnen mit dem Betriebsrat gekündigt. Die Direktion hat herausgefunden, daß ein Glaser zu sein, und deshalb verfügt, daß Klafen zu entlassen sei, weil er als Glaser zuletzt angefangen hat. Die Kündigung auf Grund der Personalabbauverordnung erscheint formell als korrekt. In Wirklichkeit ist sie nichts anderes als eine Maßregelung aus politischen Gründen!

## Die „Hurenpartei“.

Die „Frankf. Ztg.“ berichtet: Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete für Hessen-Rhodes-Bin. einer der führenden Männer des Landbundes, hat vor einiger Zeit vor der Genossenschaft des lutherischen Kreises Ziegenhain in Treysa eine Rede gehalten, über die eine Reihe von Blättern berichtet hat, daß sie in der demagogischen Weise gegen das Zentrum und die Deutsche Volkspartei polemisiert habe. Insbesondere habe der Abg. Lind die im zwischen im Reichstag zurückgewiesenen Verleumdungen gegen Dr. Stresemann vorgebracht (der Minister sei Aufsichtsratsmitglied in Hochscholowatschen und französischen Konzernen usw.); außerdem habe er ausgesprochen:

„Der Abg. Scholz und die Volkspartei sind schuld an allen Steuern. Die Deutsche Volkspartei hat den Bauernstand glatt verrotten. Die ganze Reparationsfrage ist eine Judenfrage haben und drüben. Das Zentrum ist eine Hurenpartei, es hurt mit allen Parteien.“

Die Zeitschrift „Deutscher Bauernbund“, der Abg. Lind ein Dementi gefandt hat, in dem er bestritt, solche Äußerungen getan zu haben, erklärt, daß ihr Gewährsmann dabei liege, Lind habe jene Sätze gesprochen, und eine größere Anzahl Versammlungsbesucher sei bereit, das unter Eid zu bestätigen.

## Ablehnung eines Abrüstungsantrages.

London, 18. März. (WTB.) Das Unterhaus hatte mit 347 Mann für die Regierung erklärt, einer Politik internationaler der die Verminderung des britischen Heeres von 161 000 auf 100 000 gegen 13 Stimmen den Antrag einiger Arbeitermitglieder abgelehnt, Abrüstung durch gegenseitige Uebereinkommen zu vertragen. Sie müsse sich aber einem Antrag widersetzen, der die britische Abrüstung inmitten einer bewaffneten Welt befürworte.

## Der Opern-Geist von gestern.

Zur „Jenufa“-Premiere in der Staatsoper.

Ein Kunstwerk darf nach Form und Inhalt primitiv sein; aber Primitivität macht noch keine Dichtung zum Kunstwerk. Prosa in gehobener, gefühlsstarker Sprache kann stärker, innerlicher wirken, als ein gut gereimtes Gedicht. Nur die prosaische Alltagsprosa taugt nicht für die Dichtung, besonders nicht, wenn im Vorwurf kein großer Gedanke, keine entscheidende Lebensidee wirkt. Beiden Einwänden gegen ein dichterisches Kunstwerk erliegt die Oper „Jenufa“ von Gabriele Preis. Und selbst in der verflüchtigen, naturästhetischen Zeit ihrer Entstehung hätte jedes unbefangene Gemüt verlangt, daß in diesem schlecht begründeten Bierwurz von Liebe und Sinnlichkeit, Güte und Mordtrieb, Schicksal und Rache durch die trübenden Wolken ein einziger heller Sonnenstrahl geschienen wäre. Nichts davon in diesem traurigen Volksstück, dessen Opfer ein unschuldiges Kind, eine ehrbare Mutter, ein lehrnütziges Weib sind. Warum das alles? Bei der „Jenufa“ der Gabriele ist man geneigt, an eine der Moritaten zu denken, die auf Messen und Jahrmärkten monoton ablaufen.

Stewa Burnja, der Flatterhafte, liebt Jenufa. Sein Stiefbruder Laca, der zunächst einen wilden, ungebändigten Eindruck macht, erkennt, daß Stewa nur die äußere Hülle dieser Jenufa liebt. Er sticht ihr mit einem Messer die Wangen entzwei. Und wirklich: Stewa menden sich ab, stürzt mit anderen Mädchen, verlobt sich der bürgerlichen Karotta und läßt sich im Haus der Küsterin (Jenufas Ziehmutter) erst setzen, als diese ihn an die Wiege des vor acht Tagen geborenen Kindes, Stewas Sohn, ruft. Hier, unter den herzerweichenden Bitten der Küsterin, entkühlt sich Stewa als gefährlicher, minderwertiger Patron. Er verläßt das Haus, da er durch Heirat der entsetzten Frau nicht die Ehre zurückgeben will. Die Küsterin, entsetzt und verzweifelt, tötet das Kind. Warum tötet die fromme Frau, fragt man? Laca hätte Kind und Mutter zu sich genommen. Während die Hochzeit bereitet wird, findet man unter dem Eis die Kindesleiche. Das Volk erhebt sich gegen die Kindesmörderin, die es in Jenufa oht. Die Küsterin stellt sich selbst dem Richter. Und Laca, dessen größere, innerliche Liebe endlich erkannt ist, wird Jenufas Seelenqualen lindern.

Dieses glanzlose, unfröhliche, schwerblütige und ungefeigerte Buch Wasser Volkscharaktere hat Leoš Janacek komponiert. Das Sujet lockt den Ichnen. Das keine Hochzeitslied, das Soldatenlied und die Jenufa-Weise sind in ihrer einfachen Struktur gute Volksmusik. Große Kräfte kennt Janacek nicht. Den Spuren der Wort-Melodie folgend, oft ihren tiefsten feinsten Kern treffend, formt er, fühlt er nur kleine Perioden, die wiederholt, nuanciert, variiert, den Sprecher zu charakterisieren scheinen. Das dürftige Melos klingt dann im Orchester echthoffig nach, allzu oft nach. Die Deklamation im Deutschen ist gut, aber sie könnte in der Originalsprache einheitlicher, psychologisch markanter sein. Eine besondere britische Begabung hat Janacek nur für das Wort, nicht für die Periode, das Lied. Ein Gebet, vor der Mutter Gottes, scheint

ohne melodische Seele, nicht Demut, nicht Glaube, nicht Hymnus. Bei einer geschickteren, bunteren, sagen wir raffinierteren Verwendung des Orchesters würde aber auch aus der primitiven Sprechmelodie mehr Leben und Ausdruck geboren. So bleiben die dramatischen Akzente. Sie sind so gedrängt, gehäuft und gespannt, daß nur ein ganz Genialer — etwa Rousborg — in einem fortgesetzt unruhigen, gehetzten Spiel noch Licht und Schatten, Hebung und Senkung hätte verteilen können. Die große Leidenschaft, wie sie gelegentlich in den Schlüßworten der drei Akte losbricht, ist äußerliche Lautheit, ein Schrei, ein Ausruf an die Sinne. Wirkliche innere Bewegung spürt man so wenig wie gesunde Bauernerotik. Für die falsche wie die echte Liebe, für Glaube und Bigotterie, für Offenheit und Sünde sind nicht genug Differenzen der musikalischen Sprache gefunden. So lautet eine Monotonie der Partitur auf Stimmen und Instrumenten. Als Vorzüge sollen ins Gemicht: jeder Mangel an Schwulst, ein geistreiches Verharren in der Pause, ein stilles Unterhalten des Schmerzigen, in Juden des gepfeiften Orchesters in Romanen des Grauens, Konzentriertheit der Stimmung ohne Bild auf Sinnliches, Sinn für theatralische Wirkung. Die letzte Gnade fehlt, der große inspiratorische Gedanke liegt im Dunsten.

Um eine Generation zu spät bringt die Staatsoper dieses Werk und führt es mit Kleiderlicher Energie zu einem respektablen Erfolg. Schwer ist diese Partitur nicht zu handhaben, und wir hätten gewünscht, daß Kleiber als erste Kostüm sein Temperament an komplizierterem Vortritt erprobt hätte. Subtil war glänzend, und die bühnenmäßige Aspekte rohen förmlich nach Edithheit. Die ischidische Kolonie soll an der Beschaffung von Geldern für die Kostime nicht unbeteiligt gewesen sein. Früh Soot (Voca) und Karl Jölen (Stewa) langen und spielen große Oper mit gutem Können. Aber sie spielen eben. Die Injewitskaja aber lebte, lebte still wie eine leidende Geliebte und eine entwürfelte Mutter, echt, herzbezwingend in jedem Ton ihrer rührenden Stimme. Frau Arndt-Ober schritt wie ein Schicksal durch die Szene, ein Willensmensch und doch von Geistes genarrt, die sie Gott nannte. Sie betet im Namen der Kirche, sie läßt im Namen Gottes. Ein fanatisches, von Trieben und impulsiven Leidenschaftigen gequältes Weib. Ihr Schrei und ihr stolzes Schreien zum rührenden Volk, ihr letztes mütterliches Wächeln, als die Tochter ihre Sünde mit Liebe straft, bleibt unvergessen. Oper von gestern war in einem soelischen Spiel von heute geabel.

Dr. Kurt Singer.

## E Sprengung des Kohle-Atoms!

Bei einer ganzen Reihe von Grundstoffen ist es, wie bekannt, dem englischen Physiker Rutherford gelungen, die früher als unteilbar angesehenen kleinsten Teilchen der Elemente, die Atome, durch eine Beschichtung mit den Alphastrahlen des Radiums, die nichts weiter sind als Heliumatome, zu sprengen. Diese Versuche haben wesentlich dazu beigetragen, unsere Vorstellungen vom Aufbau des — einem Planetensystem im Keinen gleichenden — Atoms zu erklären. Bemerkenswert war es, daß dieser Sprengungsversuch nur bei Elementen gelang, denen im periodischen System der Elemente eine ungerade Ordnungszahl zukommt. Nun ist es zum erstenmal Professor Hans Bettersson von der Universität Göttingen gelungen,

auch das Atom eines Elements mit gerader Ordnungszahl zu teilen, nämlich das des Kohlenstoffes.

In einem Vortrag in der Physikalischen Gesellschaft zu Stockholm hat Bettersson über die Methoden und die Ergebnisse seiner Arbeiten berichtet. Die Untersuchungen Rutherford hatten ergeben, daß man aus den Atomen einiger leichterer Grundstoffe Wasserstoffkerne herauspressen konnte, wenn man sie mit den schnellen Alphateilchen bombardierte, die vom Radium C und vom Thorium C ausgesandt werden. Diese Teilchen stellen die höchste bis jetzt bekannte Zusammenballung von Energie dar. Am Radiuminstitut in Wien, das über besonders starke Radiumpräparate verfügt, hat nun Bettersson zusammen mit Dr. Kirsh und anderen Mitarbeitern die letzten Jahre hindurch Versuche gemacht, die daraus abzuleiten, durch Anwendung verbesserter Methoden eingehendere Kenntnisse über den Bau des Atomkerns und seine Verwandlungen zu gewinnen, also über das Hauptproblem der modernen Atomphysik. Dant dieser neuen Arbeitsweise war es möglich, Atombruchstücke von bedeutend kürzerer Reichweite wahrzunehmen als die von Rutherford beobachteten. Es wurde auch als sicher nachgewiesen, daß diese Atombruchstücke bestimmt Wasserstoffteilchen sind, die von den Atomen abgeprengt waren.

Dr. Bettersson ging dann daran, mit seiner Methode, die die Beobachtung von Atomstücken geringster Reichweite gestattet, das Kohlenatom anzugreifen. Er untersuchte Kohlenstoff in Form von Paraffin, als reiner Graphit und als pulverisierter Diamant, und erhielt stets die gleichen Ergebnisse. Es zeigte sich mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit, daß das Kohlenstoffatom unter dem Anprall der Alphateilchen zersprengt wird und dabei Wasserstoffpartikel von etwa 6 Zentimeter Reichweite abgibt. Dieses Ergebnis steht zwar in Widerspruch mit den bisher geltenden Ansichten, stimmt aber mit der eigenen Auffassung Betterssons über den Aufbau des Atoms und über den Mechanismus des Atomzerfalls überein. Bettersson betonte, daß seine Untersuchungsmethode eine eingehende Erforschung der Struktur des Atomkerns ermöglicht.

Hans Bettersson, der Berliner Vater, hat den Vorsitz der Kommission für die diesjährige große Berliner Kunstausstellung übernommen, als Nachfolger von Prof. N. Schilling. Bettersson hat nun die Aufgabe, in der neuen Form des Berliner Ausstellungswesens im Glaspaal zu organisieren.

Gertrud Ejskold-Gastspiel. Die Schaubühne gibt den „Totentanz“ von Strindberg mit Gertrud Ejskold und Paul Reberow am Mittwoch, den 19., und am Sonnabend, den 22. März, nachmittags 4½ Uhr.

Große Volkssoper. In der Voris-Aufführung am Mittwoch fand der Petersburger Heldentaten Gregor Wlogoski. Die Aufführung wird geleitet von Alai Dobrowen, dem musikalischen Leiter des „Voris“ an der Dresdener Staatsoper.

In der Berliner Physiologischen Gesellschaft spricht am 20., abends 8 Uhr im Institut für deutsche Biologie, Kurfürstendamm 43, Prof. Dr. Hennig über die musikalische „Respiration“ und „Ueber zeitliche Rhythmen bei der Respiration von Dichtwerkern“. Gäste werden, soweit der Raum reicht, zugelassen.

Das neue Amerikastück „Das in Friedrichshagen am Bodensee erbaute Lusthaus „J. H. S.“ wird in aller nächster Zeit mit seinen Probvorstellungen beginnen. Der Ring über den Ocean nach Amerika wird Ende April oder Anfang Mai eröffnet werden.

## Hitlers Marsch nach Berlin.

Vorsitzender zu Hitler: „haben Sie mit Erzellenz Ludendorff über militärische und diktatorische Befugnisse gesprochen?“

Hitler: „Ich habe mit Erzellenz Ludendorff über diese konkrete Frage vorher nie gesprochen. Das war ja auch nicht möglich, da Erz. Ludendorff zu Anfang völlig gegen Dörfner eingestellt war. Erz. Dörfner hat ja General Ludendorff erst näherer Aufklärung über die angebotene Patentlösung gegeben. Ich bedauere, daß die Herren Ebert und Stresemann nicht hier als Zeugen vorkommen worden sind, ob jemals an sie wegen der Frage des Reichs-Direktoriums herangetreten worden ist.“

Der Marsch nach Berlin war doch so gedacht, daß in einem Augenblick die große Lawine einsehen sollte, damit die Herrschaften in Berlin gar nicht erst sich nachfolger schmeißen konnten. Es ist doch auch wohl klar, daß wir nicht mit einem Mann vorher verhandelt haben, der noch 1918 Führer einer Streikkommission war und dann Reichspräsident geworden ist. Das Programm stellte sich für mich so dar, daß erst die Tat kommen mußte, und hinterher konnte man noch Männer für das Direktorium suchen. Zuerst mußte eine ungeheure politische Propaganda einsehen. Hätte sich unsere Bewegung durchgesetzt, so hätten wir sofort eine Volksabstimmung darüber in die Wege geleitet, ob das deutsche Volk die aus der Revolution 1918 geschaffene Republik anerkennen oder nicht. Erkännte das Volk sie an, so sollte die Republik für ewig bleiben. Andernfalls konnte sie selbstverständlich keinen Tag länger bestehen.

Staatsanwalt Ehardt: Die Folgen des Putsch sind dem Gericht und auch der Öffentlichkeit ja wohl bekannt. Trotzdem wäre es sehr erwünscht, wenn ein Vertreter des Auswärtigen Amtes hier über die Wirkungen gehört werde, die der Putsch außenpolitisch hatte.

Jurist v. Zeffowich: Eine solche Aussage würde wohl für das Gericht nicht allzu großen Wert haben, denn wir können nicht die politischen Fäden, die in der Nacht zum 9. November noch Mainz gingen,

erörtern und alle Dinge würgen sich öffentlich auch gar nicht aufrollen lassen.

Hitler: Selbstverständlich hat das Ausland auch unsere Bewegung wie alles andere zum Schaden Deutschlands ausgelegt. Deswegen

verloht es sich nicht der Mühe, hier einen Vertreter des Auswärtigen Amtes zu hören, denn Sachverständige in politischen Dingen hat es nicht.

Staatsanwalt Ehardt: Nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch hat der Putsch schwere Folgen gehabt. Ich will mich hier nicht näher verbreiten.

Hitler: Selbstverständlich hat der Putsch schwere Folgen gehabt, das war ja auch die Absicht.

Unser Putsch sollte die Regierung hinwegfegen, die seit fünf Jahren zur Freude des Auslandes im Bunde mit dem Marxismus Deutschland zu Tode regiert. Wir haben gerade die Absicht gehabt, unserm Land die Freiheit wiederzugeben und es von der Knechtschaft zu befreien. Hätten wir andere eigennützige Zwecke im Auge gehabt, dann würde es für uns alle nur hier eine Strafe geben, nämlich den Tod.

Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Staatsanwalt Stendlein stellte dann den Antrag, daß das Gericht in geheimer Sitzung sich über die Frage einig werden soll, ob die Plädoyers der Verteidiger und die Schlussworte der Angeklagten in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden sollen, weil in den Äußerungen der Verteidiger und der Angeklagten selbstverständlich auch alle die Dinge berührt würden, die in den geheimen Sitzungen erörtert worden sind. Die Verteidigung erbat sich eine Pause von 30 Minuten, um ihrerseits zu der Frage Stellung zu nehmen, während das Gericht sich zurückzog, um seinerseits Beschlüsse zu fassen.

## Der Zeigner-Prozess.

### Der Staatsanwalt hat kein Glück.

Die heutige Sitzung beginnt mit der Erörterung des Falles Brandt. Der Angeklagte Möbius gibt dazu keine Erklärungen. Die Bekanntschaft mit Brandt hat ihm ein gewisser Göhe vermittelt.

### Der Angeklagte bestritt

die von ihm beim Untersuchungsrichter gemachten Angaben, die dahin gehen, daß er von Brandt für Dr. Zeigner ein geschlossenes Kuvert mit dem Gehalt und mit 5000 Mark erhalten habe. Das Geld soll in einem offenen Kuvert gewesen sein und ist vom Angeklagten selbst behalten worden. Auf Brandts Vorschlag führen sie beide später nach Dresden, um bei Dr. Zeigner persönlich vorstellig zu werden. Brandt blieb im Café Lippold, Möbius suchte Dr. Zeigner in dessen Wohnung auf und bat ihn, ins Café zu kommen. Dr. Zeigner weigerte sich anfangs, ließ sich dann aber ein. Als der Möbius ins Café zurückkam, zeigte ihm Brandt das Kuvert mit dem Gehalt, in das er auch Geld hineingelegt hatte, um es Dr. Zeigner zu übergeben. Der Angeklagte will Brandt von seiner Absicht, das Geld Zeigner zu übermitteln, abgeraten haben. Er meinte aber dazu: „Ich verkenne das Geld, wenn Dr. Zeigner es nicht nimmt, so behalte Du es.“ Als Dr. Zeigner einige Minuten später eintrat, übergab ihm Brandt im geschlossenen Kuvert Gehalt und Geld. Möbius will darüber sehr befürtzt gewesen sein und ist Dr. Zeigner nachgelassen und hat ihm mitgeteilt, daß ihm Kuvert Geld sei. Dr. Zeigner öffnete nun das Kuvert und gab ihm 10.000 Mark. Als er dann Zeigner in dessen Wohnung in Leipzig aufsuchte, gab ihm dieser noch 7000 Mark mit dem Auftrage, das Geld zu Brandt zu schaffen.

Beide Summen Geldes hat aber der Angeklagte Möbius für sich behalten.

Als nun Brandt verhaftet wurde und Frau Brandt darüber ganz verzweifelt war, erklärte sie, sie würde ihre Wirtschaft verkaufen, Möbius solle nach Dresden fahren und mit Dr. Zeigner sprechen. Das tat er auch. Dr. Zeigner versetzte den Entwurf eines Gesuches, das Frau Brandt dann unterschreiben ließ und es bürgeth Dr. Zeigner überreichte. Den Entwurf verbrannte er. Nach dem Brandt auf freien Fuß gesetzt war, gab er ihm zwei Zentner Rauch, einen Zentner für ihn und einen für Dr. Zeigner. Möbius verkaufte aber den für Zeigner bestimmten Zentner Mehl

an Frau Zeigner für 320 M. Hinterher erhielt er noch 10 Zentner Mehl. Dr. Zeigner sollte eine Gans bekommen. Als Brandt dann eines Tages den Müll aufhob, Dr. Zeigner wieder persönlich zu sprechen, habe Möbius Dr. Zeigner ab, als er nach Leipzig kam, holte ihn vom Bahnhof ab und vermittelte so eine Begegnung Dr. Zeigners mit Brandt. Hier übergab Brandt dem Dr. Zeigner

auf der Straße das Paket mit der Gans, mit den Worten: „Hier, Herr Doktor, eine Weihnachtsgans.“ Dr. Zeigner weigerte sich aber, die Gans anzunehmen, und sagte zu Brandt: „Machen Sie keinen Unsinn.“

Am folgenden Tage zu erregen, nahm schließlich Dr. Zeigner die Gans doch zu sich, übergab sie aber hinterher sofort dem Angeklagten Möbius.

Da diese Aussage des Angeklagten mit seinen früheren Aussagen nicht übereinstimmt, werden ihm der Reihe nach alle seine früheren Aussagen vorgelesen. Aus diesen geht hervor, daß Dr. Zeigner beide Male das Geld behalten und ihm davon nur kleine Summen gegeben haben soll, daß ferner auch die Gans bei Dr. Zeigner geblieben war. Auch soll Dr. Zeigner ihm beschaffen haben, den Entwurf zu verbraten.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

## Eine Heimat-Schulammlung.

Was war uns Allen, als wir jung waren, der Unterricht in der Heimatkunde? Zur Dual machte ihn uns die Befassung des Gedächtnisses mit totem Wissenstrom, der auswendig gelernt wurde und tot blieb. Manches ist da im Laufe der letzten Jahrzehnte besser geworden, aber die gedächtnismäßige Aneignung behauptete sich als das Beherrschende. Erst die neue Schule, die dem Kinde alles zum Erlebnis werden lassen will, stellt den Heimatkundeunterricht auf eine ganz andere Grundlage. Das Wort „Unterricht“, das gegenüber der Religion schon immer als ein Unlapp hätte gelten sollen, will auch für Heimatkunde nicht mehr recht passen. Gibt nicht die Schule dem Kinde auch darin ein Stück „Religion“, daß sie ihm die Heimat als Erlebnis näher bringt und mit dem Heimatverständnis in ihm die Heimatliebe geweckt?

Mit welchen Mitteln heute das Schulkind in die Kenntnis der Heimat eingeführt wird, zeigt eine Heimat-Schulammlung, die in Berlin in dem Gemeindeforschungsinstitut der Obenstraße aufgestellt ist. Die vor 12 Jahren gegründete Heimatkundliche Vereinigung des Berliner Lehrervereins hat in jahrelanger planvoller Arbeit diese Sammlung geschaffen, und was sie von ihren heimatkundlichen Fahrten als Ertrag heimgebracht hat, wird jetzt nicht nur der Lehrerschaft als Hilfsmittel für die Arbeit der Schule übergeben, sondern auch der ganzen Bevölkerung als Quelle der Belehrung zugänglich gemacht. Bei der Eröffnung, die am Sonnabend mit einer kleinen Feier verbunden wurde, wies Schulrat Rydahl darauf hin, daß die aus dem neuen Geist heraus entstandene Sammlung bei der bevorstehenden Einführung des neuen Heimatkunde-Lehrplanes zu der ihr gebührenden Geltung und Bedeutung kommen wird. Lehrer Rathen, der Vorsitzende der

## Bezirksauswahl für Arbeiterwohlfahrt und Kinderlauf. Große allgemeine Konferenz

Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr (nicht 6 Uhr)  
im Bürgeraal des Rathhauses.

Tagesordnung:  
Die Verordnung über die öffentlich-rechtlichen Fürsorge-

aufgaben und die Auswirkungen auf

a) die Wohlfahrtspflege + b) die Sozialversicherung.

Referenten:  
Genossin Wagenheim (zu a), Genosse Dr. Friedländer (zu b).

Heimatkundlichen Vereinigung, konnte in Aussicht stellen, daß dieser ersten Heimat-Schulammlung Berlin in nicht zu ferner Zeit eine zweite folgen wird.

Die Sammlung wird den Lehrer bei seinen Bemühungen, vor dem Kinde die Heimat in all ihrer Lebendigkeit erstehen zu lassen, wirksam unterstützen. Von dem Bezirk, in dem die Wohnung des Kindes und das Haus der Schule liegt, geht die Erkundung der Heimat aus, und schrittweise verbreitet sie sich über die ganze Stadt und in die nähere und fernere Umgebung. Führungen und Ausflüge durch Bezirk, Stadtgebiet und Umgebung sind dabei unentbehrlich, aber auch die in der Heimat-Schulammlung gebotenen Anschauungsmittel helfen dem Kind, sich die Heimat erarbeiten, Land und Leute, Boden und Siedlung, auch die Siedlung der Vorzeit, werden gezeigt in Karten, in Ansichten und Modellen, in Reliefs zur Veranschaulichung der Oberflächengestaltung, in Holz- und Steinproben und vielem anderen, was aus Feld und Wald heimgebracht worden ist.

Die Heimat-Schulammlung kann im Schulhause Obenstraße 17 an jedem Mittwoch von 4 bis 7 Uhr besichtigt werden. Gemeindeforschungsinstitut durch Gruppen bis höchstens 20 Personen können an anderen Tagen stattfinden, müssen aber vorher unter Angabe der gewünschten Zeit (möglichst mehrere Tage zur Auswahl) bei der heimatkundlichen Vereinigung (Obenstraße 17) angemeldet werden. Es erfolgt dann Benachrichtigung über die Zeit, auch wird eine Führung besorgt.

## Der Mörder einer Siebenjährigen.

### Eine erschütternde Szene im Gerichtssaal.

Eins der schrecklichsten Verbrechen gelangte heute vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Friedmann zur Verhandlung. Am 16. Oktober v. J. wurde die siebenjährige Schülerin Lucie Conrad von ihrer Mutter, als diese nach Hause kam, mit Würgematte und zerstücktem Schädel unter Dedem gefunden. Die Einzelheiten der Bluttat erweckten damals allgemeines Entsetzen, um so mehr, als sich dann herausstellte, daß das Verbrechen an dem unschuldigen Kinde verübt worden war, um an der Mutter Rache zu üben. Der Täter stellte sich selbst der Polizei und machte mit einer kaum dagewesenen Ruhe und Kaltblütigkeit die Angaben über die schrecklichen Vorgänge.

Der Täter, ein Uhrmacher Schaper, wohnte seit 1921 bei der Witwe Conrad in der Dudenardstraße 3 und war auch zu der Mutter in nähere Beziehungen getreten. Dieses Verhältnis hatte sich aber in letzter Zeit abgeklärt. Die Frau wollte nichts mehr von ihm wissen und es kam zu Eifersuchtszügen. Da er auch arbeitslos geworden war, hatte ihm Frau Conrad zum 15. Oktober gekündigt. Als er am 15. abends heimkehrte, wurde ihm der Eintritt verweigert. Erst den Bemühungen des Hausverwalters gelang es, Frau Conrad zu überreden, den Angeklagten noch eine Nacht zu beherbergen. Das Zimmer war aber vollkommen ausgeträumt, so daß der Angeklagte nicht schlafen konnte. Am nächsten Morgen ging Frau Conrad um 7 Uhr zur Arbeit. Der Angeklagte hatte dann das Kind in sein Zimmer gelockt und die Bluttat verübt. Eine erschütternde Szene spielte sich gleich bei Beginn der Verhandlung ab. Als beim Zeugnisauftritt die ebenfalls vorgeladene Frau Conrad des Mörders ihres unschuldigen hinförschlichen Kindes anständig wurde, brach sie in Schreikrämpfe aus, so daß sie aus dem Saale geführt werden mußte. Das ganze Gebäude schallte noch lange von dem Geschrei der armen Mutter wider. Medizinalrat Dr. Storm empfahl dem Gericht, die Vernehmung der Frau Conrad in Abwesenheit des Angeklagten vorzunehmen, um eine neue Erregung der Zeugin zu vermeiden. Der Angeklagte blieb bei diesem Vorfall, ebenso wie bei seiner weiteren Vernehmung, vollständig ruhig und kaltblütig. Nicht eine Muskelbewegung ließ sich in seinem Gesicht. Der jetzt im 52. Jahre stehende Angeklagte wird vom Vorsitzenden über sein Verbrechen vernommen. Vor.: „Sie haben schon einmal ein Verbrechen an einem Mädchen gemacht, verurteilt, daß Sie nicht heiraten wollten.“ Angekl.: „Das war meine Nichte. Ich bin auf sie losgegangen, habe sie aber nicht verfehlt.“ Der Angeklagte lagte über sein Verhältnis zu der Frau Conrad aus: „Wenn ich gefragt haben sollte: Ich werde dir eins auswaschen, dann kann ich nur meinen haben, daß ich der Polizei Anzeige machen wollte über ihren Lebenswandel. Sie besuchte Witwenbälle und brachte Männer nach Hause. Ich habe sie heiraten wollen. Ich wollte das kleine Kind, das ich liebe und das auch an mir hing, an mich fesseln.“ Die Verhandlung geht bei Schluß des Blattes weiter.

## Der teure Zoo.

Zu der in Nr. 122 wiedergegebenen Klage eines Zoo-freundes, der mit seiner Familie den Besuch des ihm lieb gewordenen Zoo wegen der Höhe des letzten Eintrittspreises (2 M. an einem Sonntag) unterlassen mußte, erbat wir eine Gegenäußerung. Die Direktion des Zoo schreibt uns:

„Der Poobetrieb ist im Winter stets ein Verlustbetrieb. Die recht hohen Heizkosten müssen entweder durch Ueberdruck aus dem Sommerbetrieb oder durch Zuschüsse vom Staat oder der Stadt her-

gebracht werden. Bekanntlich haben Wetter und Inflation den Zoo im Vorjahr sehr bedrängt, so daß an Ueberflüsse gar nicht zu denken war. Dazu kam seit dem Herbst das Versagen der Zuschüsse vom Staat und Stadt, die beide schwer mit sich selbst zu kämpfen haben. Aus allen diesen Gründen ist eine Rückkehr zu den früheren billigen Eintrittspreisen im Interesse der Erhaltung des Zoo im Augenblick völlig unmöglich. Für das Frühjahr wird eine Herabsetzung der Preise geplant. Ob freilich jemals wieder die alten Friedenspreise erreicht werden, läßt sich heute noch nicht sagen.“

Diese Antwort ist wirklich nicht tröstlich. Wir können nur erneut unser Bedauern darüber ausdrücken, daß die breiten Massen der Bevölkerung von dem Zoo durch die Höhe der Eintrittspreise ferngehalten werden. Ob nicht bei dieser Preisbemessung, die den Winterbemitteltsten eine Quelle der Belehrung entzieht, auch der Zoo trotz hoher Eintrittspreise schließlich einen Rückgang der Einnahmen haben wird, das sollte die Direktion sehr sorgsam erwägen.

## Am Friedhof des 18. März.

Berlin scheint seine Märzgefallenen vergessen zu haben. Draußen im Friedrichshain, dort, wo die Kämpfer von 1848 und die Novembergefallenen von 1918 schlummern, war es am heutigen Vormittag so still wie immer hier. Wohl kamen einige Besucher zu dem Brädem, doch die üblichen Kranz-epitationen blieben, wenigstens am Vormittag, aus. Mit einer gewissen Bitternis muß festgestellt werden, daß bis zur Mittagszeit nur drei Kranz-epitationen über der Freiheitssäule schwebten. Auch die Kommunisten hatten bis zur Mittagszeit den Weg zum Friedhof im Friedrichshain nicht finden können! Und die Demokraten und die übrigen radikal-republikanischen Gruppen und Gruppchen?

Berlog und Redaktion des „Vorwärts“ ließen in den Vormittagsstunden einen Kranz niederlegen, dessen Schleife die Worte trug:

Der Schrei nach Freiheit einst in Blut erkauft,  
Sied nicht mit Euch! Es wuchs sein wild Begehren!  
Das Volk ward frei. Es hält sein Schwert gezückt,  
Um jedem Feind der's nachzusehen möcht', zu wehren!

Dann bemerkte man noch einen Kranz vom Bezirksverband der Berliner Parteioffiziere und von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem K. F. B. Bund, Distrikt Berlin. Ein Strauß von Weidenzweigen ruht auf einem verwitterten Denkstein. Schwarzrotgoldenes Band ist um die Stiele gewunden. . .

## Der geheimnisvolle Kurier.

### Das Abenteuer eines Unbekannten.

Eine mysteriöse Affäre beschäftigt die politische und die Kriminal-polizei. Gestern abend wurde in der Gegend von Freiberg in Sachsen von einem Automobilsführer auf der Chaussee 111 Mann hilflos aufgefunden und nach dem Krankenhaus in Freiberg gebracht. Hier gab er an, daß er von Schmettow heiße, Kurier der litauischen Gesandtschaft in Berlin sei, und am Kurfürstendamm wohne. Gestern nachmittag sei er mit seinem Schwager, einem Freiberrn Alexander von Laudon aus der Potsdamer Straße, in dessen Privatauto mit noch zwei Russen namens Gushow und Gaborow von Berlin nach München abgefahren. In Freiberg habe man kurze Rast gemacht, und gegen 8 Uhr sei man dann weitergefahren. Bald darauf sei er im Auto betäubt, wichtiger Geheimtatsen der litauischen Gesandtschaft und seiner ganzen Barockhaft beraubt und hierauf aus dem Wagen geworfen worden. Er müsse etwa eine Stunde auf der Chaussee gelegen haben, bis zwei andere Automobilsführer ihn fand und aufnahm. Einen Ausweis über seine Person besitzt der Mann nicht, irgendwelche Mittel hat er auch nicht. Die politische Polizei ermittelte sich sofort bei der litauischen Gesandtschaft. Hier konnte aber nur festgestellt werden, daß die Gesandtschaft einen Mann namens von Schmettow oder gar einen Kurier dieses Namens nicht kennt. Sie hat gestern auch keinen Kurier mit Geheimtatsen abgefangen, unterhält überhaupt keinen Kurierdienst zwischen Berlin und anderen deutschen Städten, sondern nur zwischen hier und der Hauptstadt Riga. Man dachte nun an eine etwaige Verwechslung mit der litauischen Gesandtschaft, aber eine Nachfrage dort hatte das gleiche negative Ergebnis. Auch die litauische Gesandtschaft kennt keinen Kurier von Schmettow und hat auch niemanden abgeschickt. Von einem Ueberfall aus politischen Beweggründen kann also sicher keine Rede sein. Ob es sich um einen Raubüberfall gewöhnlicher Art handelt, müssen erst die weiteren Ermittlungen ergeben, die jetzt der Leiter des Raubdezernates, Kriminalkommissar Werneburg ausgenommen hat. Die Nachforschungen nach dem angeblichen Freiherrn von Laudon, seinem Chauffeur und den beiden Russen, die etwa 35 bis 40 Jahre alt sein sollen, sind eingeleitet.

Die Einführung der Sommerzeit, die infolge der abnehmenden Haltung des Reichstages in den letzten zwei Jahren nicht zur Durchführung gelangt ist, steht im Augenblick wieder im Vordergrund. Von der preussischen Regierung wurde an die Reichsregierung mit der Anregung herangetreten, es soll in diesem Jahre wieder die Sommerzeit eingeführt werden. Die Reichsregierung hat gegenüber der Sommerzeit grundsätzliche Bedenken nicht. Ob es tatsächlich zur Wiedereinführung der Sommerzeit kommen wird, dafür dürfte wesentlich die Stellungnahme des neuen Reichstages von Bedeutung sein.

Deutsche Rothfelle, Abteilung Treptow. Am Mittwoch, den 19. März, wird in den Ortsstellen Treptow und Baumhuldenweg eine Sammlung von Kleidern und Wäsche, Socken usw. zum Zwecke der Unterstützung bedürftiger Familien vorgenommen werden. Die Wagen beginnen ihre Rundfahrt um 10 Uhr vormittags, Kutscher und begleitenden Helferinnen sind durch Binden mit dem Aufdruck „Deutsche Rothfelle“ kenntlich gemacht. Außerdem werden Spenden der bezeichneten Art auch auf der Postkutsche in der alten Kaserne Bouchestraße entgegengenommen, wo sich das Depot für die Blickefierung befindet. Die Deutsche Rothfelle richtet an die Bevölkerung die herzlichste Bitte, für diese Sammlung entbehrliche Sachen herzugeben, damit den dringendsten Notstand abgeholfen werden kann.

Zu den Landesvertragsprozenten. Im Jahre 1923 über 1800 Landesvertragsprozenten, auch in den Vorjahren sicher eine sehr große Zahl! Dabei findet sich in der amtlichen Sammlung der Strafsentendungen des Reichsgerichts so gut wie nichts über diese so umfangreiche und bedeutende Rechtsprechung. Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“, Berlin W 66, Wilhelmstr. 48 III, will daher von sich aus diese rechtlich und politisch ungemein wichtigen Stoff sammeln und sichten. Es bittet darum, alle in solchen Prozessen ergangenen Urteile ihr zuzuführen.

Jungen gesucht, die am 23. Oktober 1923 geboren haben, wie in der Schindauer Allee anlässlich der Beerdigungsteilnahme des Schindauerers 59 ein junges Mädchen von der Schulpolitik verhaftet wurde, als sie den Benamen hat, von einem zu Boden geschlagenen jungen Mann abzuwaschen, weil dieser schon hat blutete. Der junge Mann selbst, sowie der Herr im Selbstort werden besonders gebeten, ihre Adressen gegen Erstattung der Unkosten einzuschicken an Hrl. Martha Ditt, Berlin N., Bappellallee 42.

## Jugendliche als Massenmörder.

Aus Brüssel wird ein Fall unerhörter Verrohung gemeldet. In Landches in Wallonien (Belgien) wurde ein 18jähriger junger Mann verhaftet, der mit einem 15jährigen Freund nicht weniger als acht Menschen getötet hatte. Die Opfer waren Leute, die an den Ufern der Sambre spazierten und dort von den beiden niedergeschossen wurden. Nachdem die Leichen ausgeplündert waren, wurden sie ins Wasser geworfen.

